

# Auswertung Umfrage 1.-8.12.2021

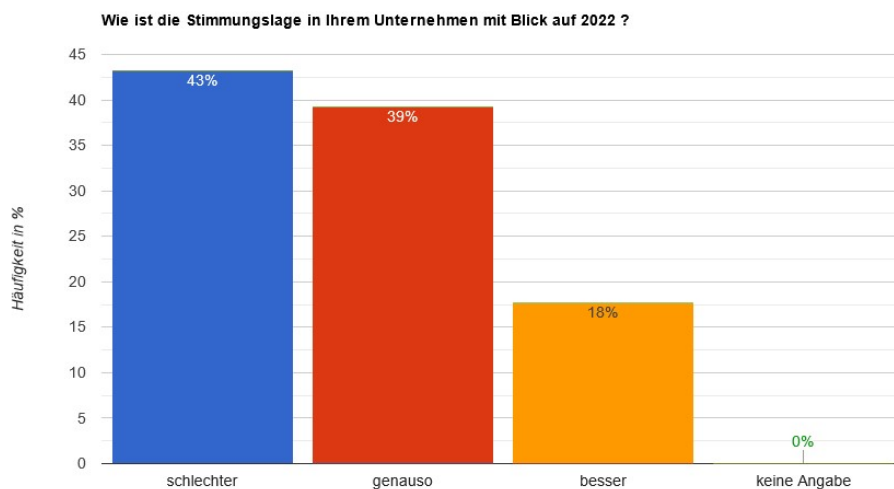
09.12.2021



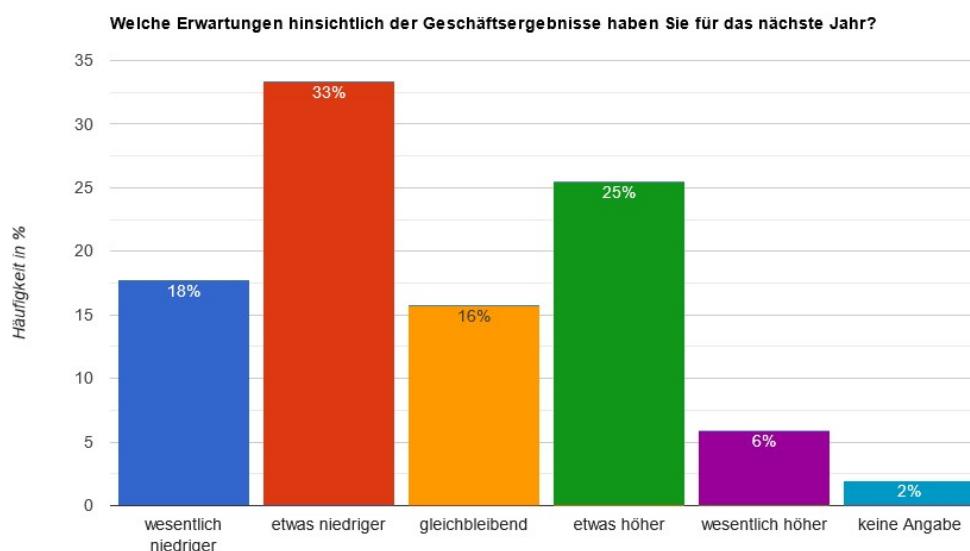
Marketinggesellschaft  
der Agrar- und Ernährungswirtschaft  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Ca. 20 % Rücklauf aus Ernährungswirtschaft MV

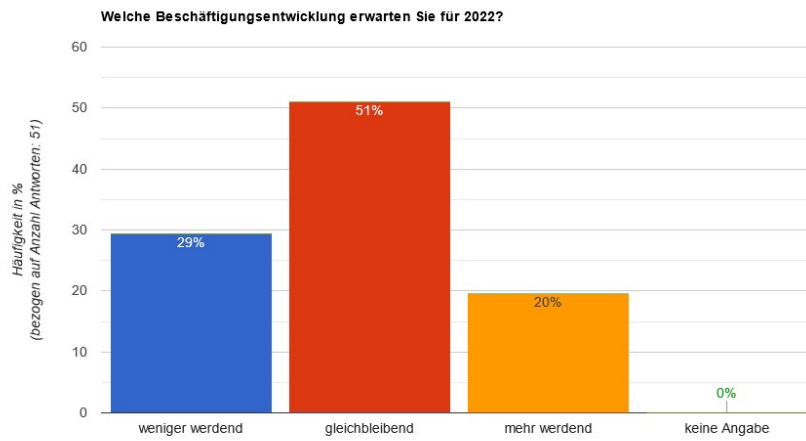
Die Rückmeldungen aus der Wirtschaft haben in ihrer kritischen Betrachtungsweise gegenüber dem Frühjahr zugelegt. Die Situation hat sich in vielen Betrieben zugespitzt und ist von Unsicherheit geprägt. Die nachfolgenden Aussagen sind Ergebnis der Befragung und ohne Wertung.



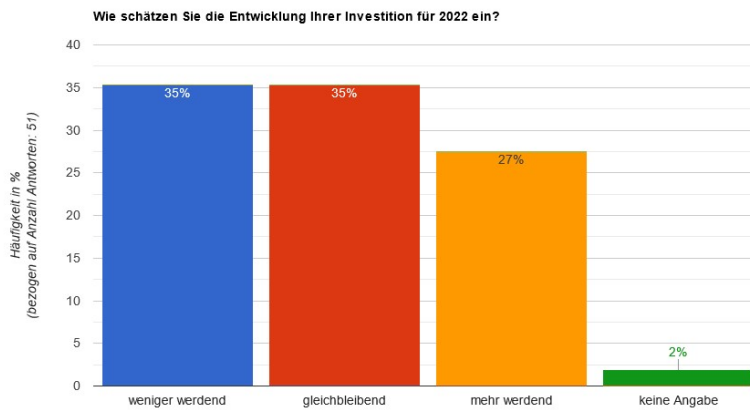
18 % beurteilen die Stimmungslage in den Unternehmen als besser, 43 % als schlechter.



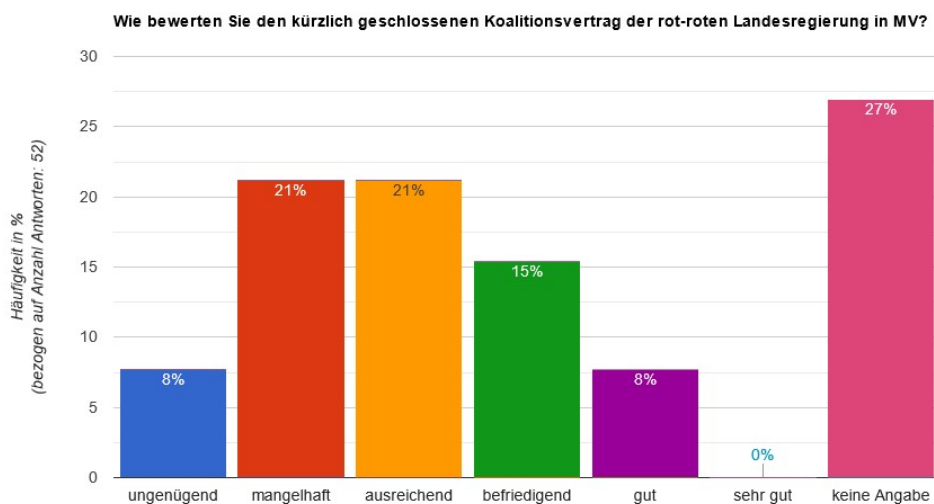
Hinsichtlich der Geschäftsergebnisse 2022 erwartet mehr als die Hälfte (genau 51 %) etwas niedrigere oder wesentlich niedrigere Ergebnisse. 6 % erwarten höhere und ein weiteres Viertel etwas höherer Ergebnisse.



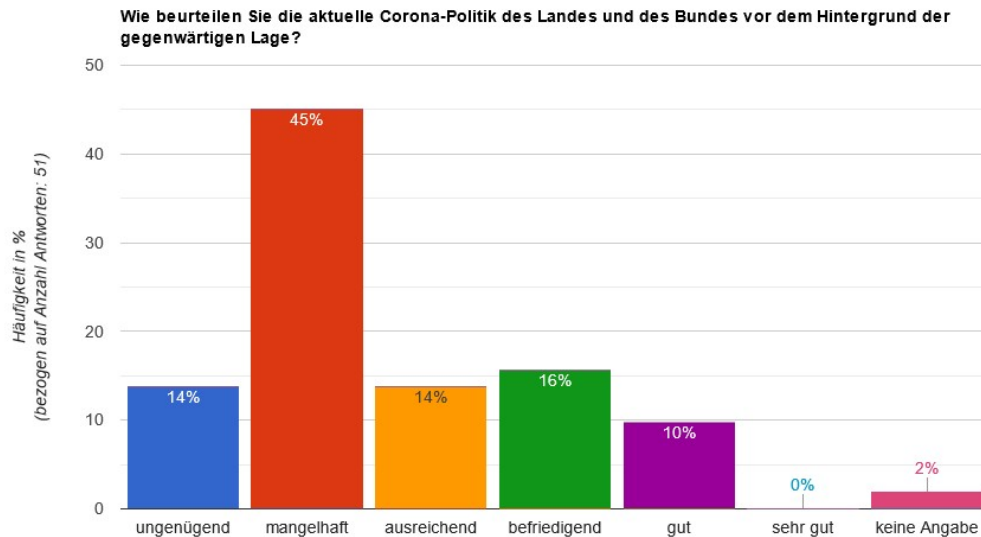
Die Beschäftigungsentwicklung schätzen 51 % als gleichbleibend ein, bei 29 % wird sie sich verringern.



Die Investitionen bleiben bei 35 % konstant, werden bei 27 % steigen und bei 35 % sinken.



Der in MV geschlossene Koalitionsvertrag wird von 8 % als gut und von 29 % als ungenügend bzw. mangelhaft eingeschätzt. 27 % der Befragungsteilnehmer haben dazu keine Angaben gemacht.



Die Corona-Politik von Land und Bund wird von 59 % mit ungenügend bzw. mangelhaft bewertet. Niemand bescheinigt ihr sehr gut, 10 % sagen, dass sie gut ist.

## Zusammenfassung

Die Stimmungslage hat sich verschlechtert. Zuständigkeiten sind oft unklar. Es wird ein wachsender Vertrauensverlust in die Politik deutlich, verbunden mit Skepsis für die Bewältigung künftiger Aufgaben.

Hier eine Unternehmermeinung:

„Beschlüsse kommen sehr kurzfristig, zu spät und sind mal wieder in den Betrieben umzusetzen, z.B. kostenlose Corona-Testzentren sind heillos ausgebucht oder haben keine Testkits, also muss der Betrieb sich kümmern. Die Handelnden haben sich vom wirtschaftlichen und sozialen Leben inzwischen zu weit entfernt und bräuchten dringend kompetente Beratung. Stattdessen hetzt man den Zoll in Kampfmontur in die Betriebe und stellt alle Handelnden unter Generalverdacht.“

Die Corona Politik wird von mehreren Betrieben mit einem Shutdown durch die Hintertür verglichen. Bemängelt wird, dass es nur immer noch nur um Inzidenzen und Kontaktbeschränkungen geht, Pläne und Strategien nicht erkennbar sind.

Konkret: Was soll das Plus hinter 2G in der Gastronomie und in der Veranstaltungsbranche ?

Im Mittelpunkt der Aussagen der Unternehmer stehen die Themen Impfpflicht , Handling von 2G, 2G+ und 3G sowie Punkte zu Voraussetzungen für reibungslose Betriebsabläufe und Einschätzungen zum Koalitionsvertrag in MV.

Bezüglich der Impfpflicht steht nicht die Frage, ob wir mit dem Virus weiterleben müssen, sondern WIE wir künftig damit leben.

Als positiv wird die Berufung eines Generals zum Leiter des künftigen Krisenstabs eingeschätzt. Ansonsten sind die Aussagen kritisch.

In der Einschätzung zu 2G, 2G+ und 3G wird festgestellt, dass 3G am Arbeitsplatz für KMU eine enorme Herausforderung darstellt, die von mehreren kleinen Betrieben als nicht beherrschbar und damit unzumutbar bezeichnet wird. Die Testpflicht belastet die Unternehmen in Kosten und personellem Aufwand und sollte entsprechend vergütet werden.

Aufgrund der Testpflicht in den Betrieben sind einige Mitarbeiter einfach der Arbeit ferngeblieben oder haben sich krankschreiben lassen. Die Betriebe können sich aber keinen Arbeitskräfteverlust leisten, da die meisten ohnehin nicht genügend Arbeitskräfte haben.

2G+ an der frischen Luft wird in Frage gestellt, hier ist keine sinnvolle Strategie erkennbar. Die „Bestrafung“ der doppelt Geimpften mit einem zusätzlichen Test erhöht keinesfalls die Bereitschaft zum Boostern. Es wird die Gefahr gesehen, dass durch 2G+ in der Gastronomie die Ansteckungsgefahr noch weiter ins private abwandert.

Entscheidungen wie die zur Impfpflicht dauern zu lange und berücksichtigen nicht die nachfolgenden notwendigen Umsetzungsmaßnahmen in den angrenzenden Bereichen.

#### Koalitionspapier:

Der Koalitionsvertrag ist grundsätzlich und speziell bei den Themen Wirtschaft und Entwicklung als unkonkret bewertet. Es gibt mehr Geld für Lehrer und Unterstützung für die Werften. Es ist in vielen Punkten eine Politik für Beamte und Arbeitslose. Zum Thema Mittelstand und Landwirtschaft gibt es wenig Erfreuliches.

Bemängelt wird, dass es keinerlei Planungssicherheit und strategischen Plan zu wichtigen Fragen gibt wie zum steigenden Personalbedarf und zur Einwanderung.

Die Grundlage des Wohlstandes unseres Landes wird in Gefahr gesehen, weil Demographie, Abwanderung junger fähiger Menschen und Verlust von Arbeitskräften in Gastronomie, Hotellerie und Handwerk hin zu Verwaltung, Schule und Bürokratie von der Landesregierung eher gefördert und nicht bekämpft werden.

Eine Mindestloohnerhöhung auf 12 € ist in so kurzer Zeit nicht stemmbar.

Die Pläne sind teilweise erstaunlich, z.B. landesweites Rufbussystem in jedem Ort alle 2 Stunden – wie soll das gehen?

#### Unternehmerstimme:

„Die Ernährungsindustrie ist lediglich eine Fußnote unter der Überschrift 'Eine Landwirtschaft mit Zukunft': 'Die Land- und Ernährungswirtschaft ist systemrelevant sie trägt erheblichen Anteil daran, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern auch während der Corona-Pandemie nie Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln hatten'. Vielen Dank! Wie steht es um die Förderung und Weiterentwicklung, die verstärkte Verzahnung und weitere Ansiedlungen, wir dürfen uns wohl schon freuen, dass wir es mit diesem einen Satz überhaupt in das Papier geschafft haben.“

## **Forderungen (teilweise Bund, teilweise Land)**

- Klare Aussagen und eine Corona-Strategie und parteiübergreifendes Handeln in der Corona-Politik
- Schaffung einer umfassenden Testinfrastruktur, die auch die Wochenend- und Schichtarbeit abdeckt
- Unterstützung der Betriebe bei der Beschaffung und Finanzierung von Testkits
- zügige Entscheidung zur Impfpflicht
- Klare Regelung der Zuständigkeiten und Aussagen - Wann ist die Regierung komplett arbeitsfähig?
- Gewährung von notwendigen Fristen für die Umsetzung von Maßnahmen
- Forderung nach einem rechtzeitigen Beschluss zu einer Pendlerpauschale, wenn diese notwendig wird und weniger Bürokratie bei der Abrechnung (bitte auch eine solche Regelung, dass nicht von Freitagnachmittag bis Montag früh Neues umgesetzt werden muss)
- Einführung einer Unternehmenssteuerreform, die die KMU entlastet
- Problemlösungen für Themen wie Energie- und Wasserkosten für die Branche, dies liegt momentan völlig brach